

Thema	Presseveröffentlichung
Ersteller	C. Schmidt
Datum	Nürnberger Nachrichten 24.10.2014

Werkstätten für Behinderte zahlen sich am Ende aus

Studie: 100 Euro aus Steuermitteln bringen einen Ertrag von 108 Euro — Die Alternative ist keineswegs günstiger

VON MICHAEL
KASPEROWITZSCH

NÜRNBERG — Die öffentlichen Gelder, die alljährlich in einer Höhe von 5,6 Milliarden Euro bundesweit in Werkstätten für Behinderte fließen, bringen unter dem Strich auch ein finanzielles Plus für die Gesellschaft. 100 investierte Euro erzeugen in diesem Bereich eine Wertschöpfung von 108 Euro.



Ein Mitarbeiter der Firma noris inklusion in Nürnberg montiert Schalter. In dem städtischen Unternehmen sind weit über 500 Menschen mit Behinderung beschäftigt. Foto: Eduard Weigert

Das ist das Ergebnis einer bisher einzigartigen Studie, welche die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) dieser Einrichtungen jetzt in Nürnberg vorgestellt hat. Demnach sind diese Betriebe ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die jeweilige Region und darüber hinaus. Allein in Mittelfranken gibt es laut BAG 28 solcher Firmen ganz unterschiedlicher Größe.

Die Sozialausgaben, die dorthin fließen, dürfen nicht als „versenkte Mittel“ betrachtet werden, heißt es in der Studie. Sie seien im Gegenteil eine lohnende Investition.

In Deutschland gibt es insgesamt rund 700 solcher Werkstätten, in denen fast 300 000 Menschen mit zum Teil schwerwiegenden Beeinträchtigungen arbeiten. Sie werden dort von 70 000 Fachkräften unterstützt.

Verfasser der neuen Untersuchung ist Professor Bernd Halfar von der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Er hat repräsentative

Daten von 26 Werkstätten nach der Methode des Social Return on Investment (SROI) ausgewertet. Dabei geht es um die volkswirtschaftliche Betrachtung von sozialen Dienstleistungsangeboten.

Ganz abgesehen davon, dass die Tätigkeit in einer der vielen Werkstätten die Lebensqualität der behinderten Menschen, ihre Perspektiven oder ihre Entwicklung grundsätzlich entscheidend verbessert, bringt sie auch was für die ganze Gesellschaft, „bezo-

gen wieder an die öffentliche Hand zurück.“

Professor Halfar hat in der Studie zusätzlich untersucht, welche Kosten entstehen würden, wenn es diese Werkstätten nicht geben würde. Demnach kostet einer der Plätze dort die öffentliche Hand im Schnitt rund 10 000 Euro im Jahr. Würden die Beschäftigten zuhause bleiben, entstünden für die Betreuung durchschnittlich aber noch höhere Kosten, nämlich 10 400 Euro pro Person.

Ein Grund dafür ist der Umstand, dass einige Angehörige selbst nur eingeschränkt erwerbsfähig sein können, weil sie ihr behindertes Familienmitglied betreuen müssten. „Die Alternative zur Werkstatt, die obendrein weniger Teilhabe für Menschen mit Behinderungen bietet, ist keineswegs günstiger“, folgern die Autoren der Studie.

Ein anderer wirtschaftlich positiver Effekt entsteht dadurch, dass die Sozialunternehmen Aufträge in die Region holen, in der sie ihren Standort haben, und damit Arbeitsplätze schaffen. Werkstätten und ihre Beschäftigten kaufen außerdem ein oder beziehen Dienstleistungen und erzeugen damit, so die Studie, bundesweit eine Nachfrage von rund 2,7 Milliarden Euro.

„Das kurbelt die Wirtschaft in der jeweiligen Region regelrecht an“, hält die Untersuchung Halfars fest. Alles in allem bringe das für die öffentliche Hand Einnahmen in Höhe von sechs Milliarden Euro.

In einem weiteren Schritt wird sich die Studie mit Auswirkungen der Existenz von Behindertenwerkstätten beschäftigen, die sich nicht unbedingt in Euro und Cent ausdrücken lassen. Da geht es dann um das gesellschaftliche Sozialklima oder im Detail um die Lebensqualität der Mitarbeiter.